

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Stressemann stellt die Vertrauensfrage.

Der Sturz der Regierung bevorstehend.

Der Reichstag schloß heute vormittag 11,30 Uhr nach debattierender Erledigung seiner Vorlagen die Aussprache fort. Inzwischen wurde neben den sozialdemokratischen und deutschnationalen Minderheiten auch ein Minderheitsantrag der Kommunistischen Partei eingebracht. Er lautet:

„Der Reichstag entzieht der Regierung das Vertrauen“.

Auf Antrag der durch die drei Minderheiten und die Art der von den einzelnen diese Anträge einbringenden Parteien beabsichtigten Haltung nahm der Reichskanzler das Wort zu folgender Erklärung:

Der Antrag Müller-Franken (Soj.) spricht ein Minderheitsvotum gegen die Regierung aus, das im einzelnen motiviert ist. Diese Motivierung des Minderheitsvotums ergebe parlamentarisch-tatsächlich die Möglichkeit, daß die eingegangenen Minderheitsvoten aus ganz verschiedenen Beweggründen abgelehnt würden. Die Reichsregierung hat nicht die Absicht, ihre Geschäfte fortzuführen auf Grund irgendwelcher durch solche parlamentarische Urtheile herbeigeführte Entscheidung. Die Reichsregierung fordert eine klare anzweifelnde Entscheidung darüber, ob sie das Vertrauen des Parlaments besitzt oder nicht. Ich richte daher an die Fraktionen, die der Regierung nahe stehen, die Bitte, durch Einbringung eines Minderheitsvotums eine klare Entscheidung herbeizuführen.

Abg. Dr. Schulz (D. Sp.) bringt daraufhin folgenden Antrag ein: „Der Reichstag spricht der Reichsregierung das Vertrauen aus.“ Dieser Antrag ist unterzeichnet von Marx (Z.) und Erkelens (Dem.).

Abg. Müller-Franken (Soj.) erklärt, daß es in keiner Weise in der Absicht der Sozialdemokraten gelegen habe, durch Herbeiführung einer solchen politischen Urtheile einen Zustand der Unklarheit herbeizuführen. Es würde noch notwendig sein, dazu Stellung zu nehmen, warum dieses Minderheitsvotum eingebracht worden ist.

Reichskanzler Dr. Stressemann erwidert, daß es ihm völlig fern gelegen habe, der Sozialdemokratischen Partei den erwähnten Vorwurf zu machen. Er wisse aber darauf hin, daß in der deutschen Presse die ganze falsche Unterstellung zum Ausdruck gebracht wurde, als wenn die Reichsregierung ihrerseits den Wunsch gehabt hätte, durch Ausspielen einer Fraktion gegen die andere sich politisch zu halten. Dagegen hätten sich seine Worte gerichtet, nicht gegen das selbstverständliche Recht einer Fraktion, einen Minderheitsantrag zu stellen.

Daraufhin wird in der Erörterung fortgefahren.

Abg. Erkelens (Dem.) erklärt, keinen habe ein Parlamentarier in so offener und junischer Weise von der Tribüne Hochverrat gepredigt, als gekenn der deutschnationalen Abgeordnete. Dem Gedanken der Großen Koalition würden die Demokraten auch weiterhin ihre Kraft widmen, denn nur so könne die Zerküftung des deutschen Volkes vermieden werden. Die Reichswehr habe sich als zuverlässige Schützerin der Verfassung bewährt. Zu mißbilligen sei die Ausrufung des Generals Reinhardt, wonach die Verfassungen nur vorübergehende Erscheinungen seien. Die bayerischen Vorgänge sind vom Rheinland aus gesehen noch viel schlimmer als von Berlin aus gesehen.

Wenn die Reichsregierung in der bayerischen Frage energischer und schneller gehandelt hätte, dann hätte sich manches Unheil vermeiden lassen.

Andererseits hätte in Sachsen die sozialistische Mehrheit, die doch nur 51 Proz. beträgt, vorsichtiger auftreten müssen. Am wichtigsten und am grundlegendsten festgehalten werden, doch müßte wenigstens auf die Dauer von zwei Jahren durch Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern eine Neuordnung herbeigeführt werden, um den Verlust der letzten zehn Monate herauszuholen. Die chemische Industrie hat freilich eine sehr bedeutende Haltung eingenommen, indem sie

ohne Hinzuziehung der Arbeiter mit den Franzosen verhandelt und jetzt die Teilnahme an Berliner Lohnverhandlungen ablehnt. Die Beamtenabbauperiode darf nicht zur Entfernung republikanischer Beamten mißbraucht werden. Die Demokraten würden für die Regierung stimmen, in der Ueberzeugung, daß Deutschland heute nichts weniger brauchen kann als Regierungskrisen. (Beifall bei den Demokraten.)

Sodann meldet sich Abg. Keenen (Kom.) zur Geschäftsordnung und beantragt, einen kommunistischen Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen, der die Aufhebung des vom Militärbefehlshaber erlassenen Verbotes der kommunistischen Partei verlangt.

Präsident Löbe stellt fest, daß gegen die Verbindung des Antrages mit der politischen Aussprache kein Widerspruch erhoben werde, der Antrag also angenommen sei. Dieser Erfolg genügt den Kommunisten offenbar nicht, die unter großem Lärm verlangen, daß der Reichskanzler oder der Reichswehrminister sich sofort zu dieser Frage äußern. Letzterer Antrag findet nicht die gefühlsmäßig notwendige Unterstützung, worauf die Kommunisten in bestige Entrüstung ausbrechen und die Abg. Raltzahn, Thomas und Dr. Herzfeld Ordnungsrufe sich zuziehen.

Sodann erhält in der Fortsetzung der Aussprache der Abg. Lecht (D. Sp.) das Wort. Er erklärt, sich mit der Volkspartei beschäftigen zu wollen, die jetzt besonders in Bayern grassiert und wendet sich scharf gegen v. Graefe und die Volkischen, deren Katholizismus er lebhaft beklagt. Er erklärt dann, er wolle keine Ueberzeugung aussprechen, daß der Antisemitismus verwerflich sei, auch wenn er wisse, daß er dadurch auf eine gewisse Propagandalistik in Bayern komme.

Zum Schluß seiner Ausführungen erklärt er unter atemloser Spannung des Hauses, daß die bayrische Volkspartei gegen das Minderheitsvotum stimmen wird. Damit ist die letzte Hoffnung der Minderheiten beseitigt und der Sturz der Regierung sicher.

Nach Seckts ergreift der Reichswehrminister das Wort.

(Schluß im Morgenblatt.)

Drei Parteien verboten.

Deutschösterreichische, Nationalsozialisten und Kommunisten.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 hat General v. Seckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt für das ganze Reichsgebiet aufgelöst und verboten: Sämtliche Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschösterreichischen Freiheitspartei, sowie sämtliche Organisationen und Einrichtungen der kommunistischen Partei Deutschlands, der kommunistischen Jugend und der kommunistischen (Dritten) Internationale.

Das gesamte Vermögen der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen und Einrichtungen wird beschlagnahmt. Ebenso unterliegen alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke der aufgelösten und verbotenen Vereinigungen bestimmt sind, der Beschlagnahme, und zwar ohne Unterschied, ob sie der Vereinigung gehören oder nicht.

Wer sich an einer verbotenen Vereinigung als Mitglied beteiligt, oder ihr durch Zahlung von Geld, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Uebertragung von Räumen, Herstellen oder Verbreitung von Schriftstücken oder durch andere Mittel Beistand leistet, wird nach § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 bestraft. Denselben Strafen unterliegt das Tragen oder Zur Schau stellen der Fahnen oder sonstigen Abzeichen der verbotenen und aufgelösten Vereinigungen.

Begründet wird das Verbot der

beiden rechtsradikalen Parteien

damit, daß die Nationalsozialistische Arbeiterpartei es unternommen hat, Soldaten der Wehrmacht zum Uebertritt zu verleiten und die Regierung des Deutschen Reiches durch bewaffneten Aufstand zu stürzen. Die Deutschösterreichische Freiheitspartei vertritt dieselben Ziele wie die Nationalsozialistische Arbeiterpartei; ihr Führer, v. Graefe, hat an dem Umsturzversuch teilgenommen, ihn ausdrücklich gewillt und dabei die Soldaten der Wehrmacht zum Uebertritt am aufgefordert. (Die Verleitung zum Uebertritt ist unseres Wissens erfolgt, indem die Nationalsozialisten die Angehörigen der Kriegsschule in München, junge Offiziersaspiranten und 20 Offiziere, die den letzten Kursus der Kriegsschule mitemnahmen, zur hochverräterischen Beteiligung am Hitler-Ludendorff-Putsch verführten. Gegen acht der Beteiligten ist Anklage wegen Hochverrats erhoben. Die Schule selbst ist geschlossen worden, der Kommandeur verabschiedet.)

Das Verbot der

Kommunistischen Partei

wird damit begründet, daß diese durch ihren bewaffneten Zustand in Hamburg, durch die Betätigung ihrer übrigen Bezirke — namentlich in Sachsen und Thüringen — und durch die Aufrufe und Kundgebungen der Reichszentrale in den letzten beiden Monaten erwiesen hat, daß sie bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Uebertritt zum Uebertritt zu verleiten und die Verfassungsmäßige Staatsform des Deutschen Reiches umzustürzen. Die kommunistische Jugend hat sich an diesen Bestrebungen durch die Tat und durch mündliche und schriftliche Kundgebungen beteiligt. Die Dritte Internationale, der die KPD und die KJ. angehören, hat diese Bestrebungen begünstigt und für sie durch Schriften geworben.

Das Vorgehen des Oberbefehlshabers muß von der politischen Seite aus die größten Bedenken hervorrufen. Man kann den Verdacht nicht unterdrücken, als ob dieses Verbot der rechts- und linksradikalen Organisationen und ihre Auflösung durch den militärischen Oberbefehlshaber gerade in

Dollarkurs noch unverändert.

Der Stand der Markt in New York entsprach der amtlichen Meldung zufolge einer diesigen unveränderten Parität von 5 Billionen für den Dollar. Eine andere Nachricht bringt einen bedeutend niedrigeren Marktkurs, der immerhin im Bereich der Möglichkeit liegt, da auch in London und Amsterdam ein neuer Marktrückgang zu verzeichnen war. Die Berechnungen auf diesen Börsenplätzen sind jedoch, wie immer wiederholt werden muß, rein nominelle, da ein Umsatz so gut wie gar nicht stattfindet und die Bewertung nur auf Grund rein gefühlsmäßiger Motive, so augenblicklich wohl im Hinblick auf die Regierungskrise oder gar durch irgendwelche Spekulationsmanöver erfolgt. Die Regierungskrise wurde auch an der heutigen Börse reichlich besprochen und man ist sich auch hier über die weitere Entwicklung der Dinge nach einem Rücktritt Stressemanns vollständig im Unklaren. Amlich wurden Devisen bei 1 Proz. Zuteilung und teilweise Ausfall der größeren Orte unverändert festgesetzt. Diese Unsicherheit machte sich auch auf dem Effektenmarkt stark fühlbar. Hinzu kam noch die gestern einsetzende neuerliche Versteigerung des Geldmarktes, die auf größere Ausgaben von Rentenmarkt und der damit verbundenen Absonderung von Papiern zurückzuführen wird.

diesem Augenblick erfolgt, um die Unentbehrlichkeit des militärischen Ausnahmezustandes drastisch zu erweisen. Wir bestreiten aufs allerentschiedenste, daß die republikanische Verfassung, wenn sie von bewaffneten Organisationen bedroht wird, auf keine andere Weise geschützt werden könne als dadurch, daß die verfassungsmäßige Regierung sich selbst ihrer wichtigsten Funktionen entleidet.

Das Vorbild Bayerns hat gezeigt, welche Gefahren das Verschreiten eines solchen Weges unvermeidlich mit sich bringen muß. Tatsächlich hat in Preußen die nationalsozialistische-deutschösterreichische Bewegung sich nicht zu der Gefahr entwickeln können wie in Bayern, weil die verfassungsmäßige Regierung auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik rechtzeitig eingegriffen und dadurch in Norddeutschland die Staatsautorität politisch gestärkt und das Staatsgefüge vor schweren Erschütterungen bewahrt hat.

Wenn tatsächlich aus Beobachtungen der letzten Zeit bei den verantwortlichen Stellen, denen der Schutz der Verfassung anvertraut ist, der Schluß gezogen wird, daß außerordentliche Maßnahmen gegen rechts- und linksradikale Umsturzvorrichtungen notwendig sind, so sollen diese verfassungsmäßigen Stellen die politischen daraus sich ergebenden Schlüsse selbst ziehen und die Durchführung dieser Maßnahmen den politischen Organen des Staates übertragen. Die Uebertragung politischer Funktionen an die Reichswehr schadet dem Lande und schadet der Reichswehr selbst. Das hat die Erfahrung der letzten Wochen deutlich genug nicht nur uns, sondern allen, die sehen wollen, zeigt. Den besten Willen bei der Leitung der Reichswehr vorausgesetzt, werden sich bei der Durchführung dieser Verordnung zahllose und unmögliche Reibungen ergeben, die zu den vielen inneren Spannungen in Deutschland neue hinzuzufügen werden.

Es scheint aber, als ob Kräfte am Werke sind, die an der Aufrechterhaltung dieses Spannungszustandes ein dringendes Interesse haben. Der Erlaß dieser Verordnung dürfte eine Waffe in der Hand dieser, der Republik und der Verfassung sicherlich nicht freundlich gesinnten Politiker werden. Daß die Verordnung des Herrn v. Seckt in Bayern nicht durchgeführt werden wird, versteht sich wohl vorläufig von selbst, solange die Reichsregierung jede Maßnahme gegen Bayern ablehnt. In Bayern hat ja nicht einmal die bayerische verfassungsmäßige Regierung etwas zu sagen, noch viel weniger wird sich ein Verbot der nationalsozialistischen und deutschösterreichischen Verbände, die zu einem großen Teil unter der Flagge der vaterländischen Verbände leugnen, durchführen lassen. Auch dadurch wird wieder der Eindruck verstärkt werden, daß alle diese Verfügungen und Bestimmungen energisch jederzeit gegen links, zögernd und zaghaft oder auch gar nicht gegen rechts durchgeführt werden. Auch das ist ein weiterer Grund gegen die Uebertragung solcher wichtiger Entscheidungen an den militärischen Oberbefehlshaber aus sachlichen und politischen Gründen energisch zu protestieren und die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes als einer der wesentlichsten inneren Gefahrenquellen nach wie vor zu verlangen.

Hausdurchsuchung bei den Deutschösterreichischen.

Auf Grund der Verbotserordnung des Generals von Seckt hat in der Zentrale der Deutschösterreichischen Partei in Berlin eine Hausdurchsuchung stattgefunden.

Kommunistenverhaftungen in Erfurt.

Erfurt, 23. November. (WZ.) Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidiums wurde die nach dem Entlassen der Reichswehr in Thüringen flüchtig gewordene Bezirksleitung der KPD von Groß-Thüringen, insgesamt fünf Personen, die sämtlich unangemeldet hier wohnten, und zum Teil keine Papiere hatten, festgenommen und zahlreiches wichtiges Material beschlagnahmt.

Der Kampf in der Botschafterkonferenz.

Wie die letzten Noten an Deutschland zustande kamen.

London, 23. November. (WZ.) Reuters veröffentlicht einen Auszug aus dem Bericht des amerikanischen Botschafters in Paris, Herrick, über die Zusammenkunft der Botschafterkonferenz am Montag. Der Bericht meldet, Lord Crewe habe den Botschaftern erklärt, Großbritannien hoffe, daß Frankreich die sehr ernsten Folgen einer weiterhin isolierten Aktion abwenden werde, die darin bestehen würden, daß die Entente in Gefahr käme. Crewe fügte hinzu, wenn die Franzosen entgegen den britischen Wünschen eine solche Politik durchsetzen würden, werde Großbritannien sich genötigt fühlen, seine Vertreter aus den verschiedenen interalliierten Kommissionen zurückzuziehen. Der italienische Botschafter unterstützte die britische Haltung, während der belgische mitteilte, daß er sich der französischen Auffassung nicht anschließen könne, ohne zuvor in Brüssel anzufragen. Cambon habe eine erste bedeutsame Konzession gemacht, indem er erklärte, Frankreich beabsichtige nicht, territoriale Sanktionen zur Anwendung zu bringen.

Steuern im Verordnungswege.

Die Pläne des Finanzministers.

Der Reichsfinanzminister Dr. Luther hat am Donnerstag im Reichstag etwas über seine finanz- und steuerpolitischen Absichten mitgeteilt. Das ist zwar reichlich spät geschehen und nicht mit der Deutlichkeit und Klarheit, die uns erforderlich erscheint, aber doch ein Fortschritt gegenüber dem wochenlangen Schweigen, das sehr viel zur Erschütterung des Vertrauens in die Rentenmark beigetragen hat.

Die bei Einbringung der sozialdemokratischen Interpellation über die Finanzlage gewünschte Aussprache wird durch die Rede des Herrn Luther in keiner Weise überflüssig. Herr Luther hat es geschickt verstanden, über all die Dinge hinwegzugehen, über die Meinungsverschiedenheiten bestehen und für die Beurteilung seiner Absichten und der Wirksamkeit der Finanzpläne von entscheidender Bedeutung sind. Er hat sich vollständig ausgeschwiegen über die Finanzlage des Reiches. Keinerlei Zahlen kamen über seine Lippen. Fürchtete er etwa, daß die Deutlichkeit sehen würde, daß der rapideste Verfall der Finanzen sich vollzogen hat in dem Ausschneiden des sozialdemokratischen Finanzministers? Aengstlich hütelte sich Herr Luther über die Verschleuderung der Goldanleihe durch die Reichsbank, die das Reich um 100 bis 200 Millionen Goldmark geschädigt hat, irgend etwas zu sagen. Auch über die beabsichtigte Beseitigung der Landabgabe, der einzig wirksamen Besteuerung der Landwirtschaft, schwieg er sich aus. So leicht hin und oberflächlich kann man diese ernsthaftesten aller Fragen nicht behandeln. Die Befundung der Reichsfinanzen entscheidet über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes. Dafür ist eine ernsthafte Aussprache, die die sachlich erschöpfende Behandlung aller Probleme bringen muß, entscheidende Voraussetzung.

Es scheint, als ob der Reichsfinanzminister eine solche Aussprache für vollständig überflüssig hält. Zur Ueberbrückung des Reichstages teilt er mit, daß die Steuervorlagen ohne den Reichstag auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erledigt werden sollen. Er begründete das mit der Notwendigkeit der schnellen Verabschiedung dieser Vorlage. Auch wir sind der Meinung, daß die Steuervorlagen in der denkbar kürzesten Frist erledigt werden müssen, und wir haben deshalb bedauert, daß der neue Finanzminister sich sieben Wochen Zeit gelassen hat, bis er zum ersten Male über diese Dinge sprach. Aber die Notwendigkeit zur Schaffung neuer und sofort fließender Einnahmen des Reiches rechtfertigt in keiner Weise die völlige Ausschaltung des Parlaments bei der wichtigsten Frage, die es überhaupt gibt. Auch mit dem Reichstag können Steuervorlagen schnell erledigt werden. Im August hat der Reichstag nur zwei Tage zur Erledigung der Steuervorlagen gebraucht, schneller geht es mit dem Art. 48 auch nicht. Wir haben deshalb den Eindruck, als ob dieser Grund weder der einzige noch der entscheidende sei für das gefährliche Beginnen, Steuergesetze mit Hilfe des Belagerungszustandsparagrafen zu erledigen. Die Herren vom Finanzministerium haben selbst Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit dieses Weges. Sie wissen, daß zahlreiche Anfechtungen dieser Steuern von den Besitzenden gewiß sind, wenn sie keine sichere, gerechtfähige Unterlage haben. Und sie fürchten jedenfalls, daß der Reichsfinanzhof als Berufungsinstanz die mangelnde Rechtsgrundlage dieser Gesetze feststellen könnte.

Ebenso unmöglich aber ist auch die Absicht der Regierung von politischen Gesichtspunkten aus. Steuergesetze, die nicht vom Parlament beraten sind, von den Parteien nicht gebilligt und verteidigt werden, sind in der Praxis ungeheuer schwer durchzuführen. Und was nützen Steuergesetze, wenn sich gegen sie die alte heftige Opposition aller heftigsten Kreise geltend macht und auch sie wieder nicht durchgeführt werden. Außerdem: Ausschaltung des Parlaments von den Finanzfragen ist gleichbedeutend mit Beseitigung des Parlamentarismus überhaupt. Sie verwirklicht die Diktatur der Finanzverwaltung und macht sie damit zum Herrn

über alle politischen Entscheidungen. Für die Sozialdemokratie ist deshalb dieser Weg völlig ungangbar.

Die unbestimmten Angaben, die der Reichsfinanzminister Luther über seine Steuerpläne gemacht hat, bestärken uns in dieser Haltung. Obwohl wir mit unserem endgültigen Urteil zurückhalten wollen bis zur genauen Kenntnis all seiner Pläne, so können wir doch jetzt bereits keinen Zweifel daran lassen, daß sein Gesamtprogramm die allerhöchsten Bedenken hervorruft. Der Grundgedanke ist wiederum: stärkste Heranziehung der Besitzlosen und durch die Geldentwertung enteigneten Schichten des Volkes, Schonung des Sachbesitzes der Besitzenden und Erhaltung der Inflationsgewinne. Nach seinen Absichten soll die Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz. erhöht werden, die Bohnsteuer, obwohl der Reallohn ständig zurückgeht, ebenfalls stärker angepaßt werden als bisher. Die Verbrauchssteuern werden auf den Friedensfuß erhöht. Dem steht gegenüber eine bisher in ihrer Wirkung nicht abzuschätzende Neuregelung der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer.

Das Entscheidende aber ist, auf welchem Wege das nach Einführung dieser Steuern noch verbleibende gewaltige Defizit des Etats gedeckt werden soll. Die Sozialdemokratie hat stets den Standpunkt vertreten, daß das durch eine Erlassung der Sachwerte gedeckt werden muß. Weite Kreise des Bürgertums haben sich dieser Auffassung angeschlossen, der Reichskanzler Stresemann hat diesem Gedanken wiederholt tiefe Verbeugungen gemacht. Der Reichstag hat bei der Bildung der großen Koalition in einer entsprechenden Entschließung der Sozialdemokratie zugestimmt. Jetzt, wo es ernst werden soll, da soll nicht der Sachbesitz zahlen, der sich bisher allen Leistungen entzogen hat, sondern die großen Massen des Volkes, die allein während des Krieges und nach dem Kriege Steuerleistungen entrichteten und denen durch die Inflation der letzte Rest ihres Vermögens geraubt und das Einkommen ungeheuer geschmälert worden ist.

Herr Luther hat mitgeteilt, daß die Regierung beabsichtigt, durch die Heraushebung der Mieten auf den Friedensfuß und durch die Konfiszierung eines Teiles der Mieten für die Reichskasse den Etat zu balancieren. Was aber bedeutet dieser Plan? Er ist die denkbar unsozialste Form der Besteuerung, da er auf die wirkliche Leistungsfähigkeit keine Rücksicht nimmt und das äußere Merkmal des Wohnungsbedarfs ausschlaggebend sein läßt für die Steuerleistung. Herr Stinnes, der ungezählte Goldmillionen sein eigen nennt, würde kaum mehr Steuern zu entrichten haben als der Gelehrte, den sein Beruf zwingt, eine über die normalen Verhältnisse hinausgehende Wohnung zu unterhalten. Der Plan des Finanzministeriums ist gewiß auch für die Arbeiter, Angestellten und Beamten ungeheuer gefährlich. Er belastet ihren sinkenden Reallohn, der von ihnen in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht ausreichend gesteigert werden kann, ohne daß der Wohnungsnot gesteuert wird. Aber ungleich größer sind die Gefahren für die Mittelschichten des Volkes. Den Rentnern, den freien Berufen, denen die Geldentwertung ihr Vermögen geraubt hat, deren Einkommen nicht zur Erhaltung der Arbeitskraft ausreicht, soll jetzt auch noch die Wohnung geraubt werden, das letzte, was ihnen noch geblieben ist.

Auf diesem Wege kann die Sanierung der Reichsfinanzen nicht herbeigeführt werden. Jetzt wird klar, wozu die Rechtskreise „die Regierung des Vertrauens“ und die Diktatur der Wirtschaft brauchen. Die Schwerindustrie soll gerettet werden vor den Lasten für das Reich, denen sie sich bisher immer mit Erfolg entzogen hatte. Diesen Absichten wird sich die Sozialdemokratie mit aller Kraft widersetzen. Denn sie bedeuten die denkbar größte Verschärfung der sozialen Revolution und den Untergang der wirtschaftlichen und geistigen Mittelschichten Deutschlands. Sie aber müssen, ebenso wie die Arbeiter, Angestellten und Beamten vor dem Ansturm der Schwerindustrie und des Agrarapitals geschützt werden.

Nationale Besorgnisse.

Zerfahrenheit und Unsicherheit, die durch die schwankende und wechselnde Politik Stresemanns durch die dadurch herbeigeführte Aufgabe der großen Koalition in die deutsche Politik hineingetragen ist, spiegelt sich in der Unklarheit und Unsicherheit der Presse, die bis in die äußerste Rechte hinein zu den Ereignissen keine klare Stellung zu finden vermag. Höchstens kann man als besonders charakteristisch die Unsicherheit und die Besorgnisse der nationalen Presse feststellen. Jeder Tag zeigt von neuem, wie sehr die oppositionellen Nationalisten sich der inneren Unhaltbarkeit ihrer Situation seit der Hanswurstiade im Münchener Bierkeller wenigstens zum Teil bewußt geworden sind. Wollte man die Dinge persönlich nehmen, so könnte man sagen, daß niemand der Reaktion so sehr geschadet hat wie Erich Lubendorff. Aber Lubendorffs Vorstoß war ja schließlich nur die Konsequenz der verlogenen deutschpöhlischen und deutschnationalen Demagogie. In dem grotesken Zusammenbruch seiner kindlichen Revolutionspielerei offenbart sich nur die ebenso groteske Unzulänglichkeit der „nationalen Opposition“. Ihre von Stresemann mit Recht gekennzeichnete absolute Programmlosigkeit entspringt und entspringt der Haltlosigkeit ihrer politischen Ideen, deren jede einzelne, konsequent zu Ende gedacht, sich in unlösliche Widersprüche verstrickt. Heute gibt der „Tag“ dieser instinktiven Unsicherheit breiten Ausdruck.

Wir wiesen schon am Dienstag hier darauf hin, daß unter dem Eindruck völliger Zerfahrenheit nicht der Rückkehr irgendeiner Antireaktion bürgerlicher Farbe der Weg gebahnt werden darf. Mit allem Ernst sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß der gegenwärtige Augenblick ausgenutzt werden muß, die nationale Bewegung, die im Lande vorhanden ist, in die richtigen Bahnen zu lenken. Sonst besteht die Gefahr, daß unter den Nachwirkungen des Münchener Puffches und der Unklarheit der Berliner Verhältnisse oder der Zerstückelung der Berliner Bewegung die nationalen Kräfte im Volk erschlahen und auf falsche Wege gedrängt werden, und daß der gesamt-nationalen Bewegung damit unberechenbarer Schaden zugefügt wird.

Dies beklemmende Eingeständnis offenbart zugleich die Wurzel der Schwäche der Republik. Die Unfähigkeit zur Bildung einer wirklich zuverlässigen und energischen republikanischen Regierung, das immer wiederkehrende Versagen der Mittelparteien, das Fehlen eines wirklich konsequenten republikanischen und demokratischen politischen Willens im Bürgertum ist die Ursache der immer wiederkehrenden Erstarrung der Rechtsreaktion.

Der Rechtsradikalismus wie überhaupt alle Versuche der Restauration würden vollkommen aussichtslos sein in dem Moment, in dem endlich die Bildung einer wirklich republikanischen Regierung möglich wäre. Die Reaktion weiß das sehr genau und fürchtet diese Bildung. Wird das Bürgertum, das die Gefahren der Reaktion erkannt hat, die Konsequenzen daraus ziehen?

Der Fall Zeigner.

Mitteilungen des sächsischen Justizministers.

Dresden, 23. November. (11.) Der sächsische Justizminister Neu gewährte dem Vertreter der „Telegraphen-Union“ in der Affäre Zeigner eine längere Unterredung, die eine wesentliche Klarheit über die Angelegenheit bringt. Soweit bei dem gegenwärtigen Stand der Untersuchung von Klarheit gesprochen werden kann. Der Justizminister betonte zunächst auf das nachdrücklichste, daß er kein anderes Ziel kenne, als ohne Rücksicht auf irgendwelche Personen völlige Klarheit zu schaffen und die Schuldigen der verdienten Strafe zuzuführen. Seine dahin zielenden Anordnungen seien in der Öffentlichkeit vielfach falsch gedeutet worden. Ausgegangen sei die Affäre von einer am 1. November botierten, am 2. November bei der Staatsanwaltschaft eingegangenen und von Rechtsanwalt Weitzer-Leipzig erstatteten Anzeige gegen den in Leipzig-Waldau wohnhaften Fabrikmeister Friedrich Karl Möbius wegen Betrugs bzw. Beihilfe zur Betrugshandlung. Möbius habe sich erwiehener- und einestandenermaßen präherlich getümmelt, daß er mit Hilfe seiner ausgezeichneten Verbindungen bei sächsischen Regierungsstellen Begnadigungen erwirken

Professor Julius Platter.

Eine Züricher Erinnerung von Paul Kampffmeyer.

Vor kurzem ist, wie wir bereits gemeldet haben, Professor Julius Platter in Zürich gestorben. Er war einer der originellsten Köpfe, die am Züricher Polytechnikum die so eigenartig zusammengesetzte Studentenschaft in die nationalökonomischen Probleme einzuführen hatten. Wer kennt die Platter, kennt die Namen? Wenn man das große Auditorium, in dem Platter seine Vorlesungen abhielt, überhaute, so hatte man den ganzen Balkan in lebensprühender Frische vor Augen. Und Platter verstand so greifbar anschaulich zu sprechen, daß ihm selbst der Mann aus den blauen Bergen folgen konnte. Die Zuhörerchaft Platters war teilweise stark radikalsozialistisch gerichtet und hatte sich vielfach bereits in den theoretischen Sozialismus hineingelebt. Aber auch ihr war Platter noch ein wegweisender Führer. Viele von dem Ausnahmegelehrten nach Zürich geworfene deutsche Studenten tummelten sich damals in den hörstlichen Zürichs. Da tauchte u. a. Steinmetz auf, den der Breslauer Geheimbundprozess in die freie Schweiz trieb. Er ist in Amerika ein Forscher von dem Range Edisons geworden. Diese jungen deutschen Sozialisten fanden oft Anknüpfung an den alten John Reitenbach, der an dem berühmten Schabellischen Stammtisch seine Lebenserinnerungen an die Kämpfe der alten preussischen Demokratie mit derdem osteuropäischen Humor vortrug. In seinem Finger bligte noch der Esprit, den er sich als konsequenter Steuererweiterer jeweils hatte pfänden lassen, um ihn dann später wieder einzulösen.

Es war in der Tat oft eine sozialistisch-kritisch geschnittene Studentenschaft, die in die Platterschen Vorlesungen ging. Aber auch diese kam bei den theoretischen Darlegungen Platters gut auf ihre Rechnung. Platter dachte jedes volkswirtschaftliche Problem mit rücksichtsloser Konsequenz zu Ende. Er stand fest auf den Schultern der Meister der Nationalökonomie, der großen Engländer Smith und Ricardo. Ueber sie hinaus aber tat er manchen neuen wegweisenden Schritt zum demokratischen Sozialismus. Wenn er auch dem Agitator Marx gelegentlich einige derbe Bisse versetzte, vom dem Wissenschaftler Marx, dem tiefgründigen Kritiker der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sprach er stets mit größter Anerkennung und Achtung. Sein Sozialismus war stark genossenschaftlich orientiert. Ein sich von unten aufbauender Sozialismus, das Wert der sich demokratisch organisierenden Massen, ließ sein ganzes temperamentvolles Wesen hell aufkommen. Die Bedeutung Platters für die Theorie der Nationalökonomie erfährt man am besten aus seinen „Grundlehren der Nationalökonomie“, einer „kritischen Einführung in die soziale Wirtschaftswissenschaft“.

In den Jahren 1887 bis 1890 hat das Plattersche Seminar am eidgenössischen Polytechnikum sehr fruchtbare Diskussionen erlebt. Da scharten sich um diesen ausgezeichneten Lehrer Männer wie Axelrod, Datschinski (der Bruder des diesgenannten Abgeordneten Franz Datschinski), Hans Müller und Otto Wullschläger. Gar manche heiße Redeschlacht entbrannte damals über die Marx'sche Werttheorie. Wir jungen begeisterten Marxisten ließen an keinem Buchstaben dieser Theorie rütteln. Wir übertrumpften

dann und wann Marx selbst. Geduldig schied dann wohl Platter, der ein vorzügliches Pädagoge war, unsere einzelnen Aussprüche an die Wandtafel, und wir erstanten manchmal über unsere tollkühnen Behauptungen. Ein kameradschaftlicher Geist waltete in dem Platterschen Seminar; niemals lehrte Platter uns gegenüber den schulmeisterlichen Professor heraus. Der vorzüglichste Mann gab uns in den freien Ausreden so viel Eigenes und so viel Sachdienliches, daß wir nicht leicht einem beschränkten Dogmenfanatismus verfallen konnten.

Um uns herum tobte ja überdies der Sturm auf alle Dogmen. Da schritt unter uns noch als Studiosus der Rechte Frank Wedekind, geladen bis zum Halbe mit der staßlichsten Kritik gegen die bestehende bürgerliche Moral, da piffte Karl Hendel keine „Amfprüche“ und gründete mit dem revolutionären Walter Reinhold Maurice von Stern seinen „Ulrich-von-Hutten-Bund“, da organisierte sich in Hollingen in der Villa Karl Hauptmanns die naturhistorisch-realistische Literaturrevolution gegen das Deutschland der Endbau, Baumhaus, Wolff. Viele der jungen Stürmer sind auch in die Vorlesungen Platters gegangen, und sie werden heute in tiefer Berehrung des Mannes gedenken, dem sie so manche für ihr ganzes Leben entscheidende Anregung verdanken.

Föderalismus.

„Der Länder Rechte harren der Erweiterung, föderalistisch kann das Reich nur wachsen“. So las ich jüngstens mit Erheiterung und dacht an Sachsen.

„In Bayern“, lehrt Professor Düringer, „hat nicht das Reich zu richten und zu strafen“. Deshalb behandelt es die Thüringer Wie Regierungen.

So scheint mir, daß die Föderalität noch nicht peltiert sei im Prinzip. Und einer hohen Generalkität Vor allem piepe.

Mich. von Lindenbäumen.

Tänze und Pantomimen im Deutschen Theater. Der Abend war veranstaltet von dem Tänzerpaar Elisabeth Grube (Staatsoper) und Hasso Holm. Als Komponist zeichnete Walter Koemme, der die tänzerischen Darbietungen auf dem Flügel begleitete. Das Ganze hielt sich auf jener Mittelstraße, die im Gelände der Kunst niemals eine goldene ist. Lapidale Bewegungen und Attituden der modernen Schulen für Körpergymnastik, Rubimonte des alten Balletts und Pop aus Gesellschaftstänzen gaben ein künstliches Gemisch, das nirgends zu organischer Einheit zusammenfließt. Mangel an rhythmischen Gefühl und ein oft ungeschickter Vortritt der Tänzerin fielen auf. Ihr Partner stand jedoch noch unter diesem Niveau. Am besten gelangen einige konventionelle Amüsier- und Dekorationsstücke wie die „Etude“. Wo Stimmungsgaube geübt wird, sollte (Pantomime „Wandlung“) erfolgen schlimme Verloper. Alles in allem: Man kann

solche Darbietungen eines absterbenden Kunststils allenfalls als Unterhaltungsfaktor hinnehmen, wenn sie mit der Berde und technischen Vollendung des russischen Balletts dargeboten werden. Entbehrlich sind sie in jedem Fall in einer Zeit, wo auf unserer deutschen Tanzbühne eine neuer, größer und ernster Stil im Werden ist.

Das zweite Konzert des Berliner Bezirks-Bildungsausschusses am Freitag in der Philharmonie galt der Kammermusik. Hervorragende Mitglieder der Kammermusikvereinigung an der Staatsoper (Demann, Violine; Flemming, Oboe; Dr. Jodi, Klarinet; Kohl, Klarinette; Rembt, Waldhorn und Scheiwein, Fagott) erfreuten durch vollendete Wiedergabe des Es-Dur-Quintetts von Mozart, eines Trios von Brahms und des Beethovenschen Quintetts, op. 166. Der große Saal ist leider wenig günstig für solche intime Kunst; die im letzten Drittel Sitzenden kamen nicht zum vollen Genuß der herrlichen Werke.

Aus dem Reichstag meldet unser Feuilleton-Spezialberichterstatler vom Tage der entscheidenden Sitzung, daß die drei Vertrauensvoten des heutigen Tages zu einem gemeinsamen Entschuldigungsbeschluß für die Regierung Stresemann zusammengefaßt werden sollten. Man hat aber davon Abstand genommen, weil eingetornten wurde, daß eine Nacht, die nicht vorhanden sei, auch nicht entzogen werden könne. — Zur Widerlegung der falschen Meldung, als ob die jetzige Reichsregierung Bayern bereits aus ihrer Interessensphäre gestrichen hätte, mag die verbürgte Tatsache dienen, daß die Regierung noch sehr eingehenden Beratungen unter Hinzuziehung völkerrichterlicher Sachverständiger zu dem Entschluß gekommen war, die schweizerische Bundesregierung um Schutz der deutschen Reichsangehörigen in Bayern durch das schweizerische Konsulat in München anzugehen. Leider konnte dieser Schritt noch nicht zur Ausführung gelangen, weil die bayerische Regierung sich auf den Standpunkt stellt, daß die Nordbayern in Bayern keineswegs Ausländer seien, sondern lediglich ausgewiesen werden können. Der bayerische Gesandte v. Preger hat durchblicken lassen, daß, wenn die Reichsregierung auf ihrer Absicht beharre, die Ausfuhr des gesamten Schweizerkäse aus dem bayerischen Alläu, wo er befanntlich hergestellt wird, verboten werden würde.

Volkstheater. Im Theater am Bülowplatz wird am kommenden Samstag, abends 7 1/2 Uhr, Gustav Bieds „Abrechnung“ wieder in den Spielplan aufgenommen werden. Den Hauptbesetzung bildet das Schauspielensemble. Am Samstagabend gelangt „Und das Licht scheint in der Finsternis“ zur Aufführung.

Für den Schachverband deutscher Schachmeister. Den Vorkampfen des Schachverbandes nimmt die Deutsche Schachgesellschaft die heute um 7 1/2 Uhr in der „Kamilla“ (Kursierentramm 63) stattfindende Urtaufführung des im materiellen Deutschland der Spielzeit spielenden Filmtrios: „Ein Reich — ein Lieber — ein Diamant“ von B. Deher und R. Koba.

Oskar-Wilde-Abend. Hans Fudmann spricht am Sonntag, 25. d. M., im Reiteraal Würden, dramatische Szenen und andere Dichtungen von Oskar Wilde. Anfang 8 Uhr.

